

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0250/2017/1. Erg.
Auskunft erteilt: Frau Scheunemann
Ruf: 492-1014
E-Mail: Scheunemann@stadt-muenster.de
Datum: 12.05.2017

Betrifft

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Faktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0035/2016 "Mehr E-Government in der Verwaltung - Interne Arbeitsprozesse vereinfachen, Effizienz erhöhen"

Beratungsfolge

27.04.2017	Betriebsausschuss der citeq	Vorberatung
16.05.2017	Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung derzeit u. a. folgende (Teil-) Projekte zur Optimierung der Strukturen und Geschäftsprozesse im Bereich der Beschaffungen durchführt:

- Einführung eVergabe,
- Einführung Vergabemanagementsystem,
- Einführung eines Katalogmanagements (SAP SRM) sowie
- Bestands- und Prozessanalyse im Vergabewesen.

In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob ein Gutschriftverfahren eine Möglichkeit für die Stadt Münster ist, die Prozesse zur Rechnungsbearbeitung zu optimieren. Mit einem abschließenden Ergebnis ist voraussichtlich Mitte 2018 zu rechnen. **Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit die zuständigen Fachausschüsse über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und, soweit erforderlich, den Vorgang zur Entscheidung vorlegen.**

2. Der gemeinsame Ratsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0035/2016 „Mehr E-Government in der Verwaltung - Interne Arbeitsprozesse vereinfachen, Effizienz erhöhen“ (Anlage) ist damit erledigt.

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung des oben angeführten Beschlusses keine zusätzlichen Aufwendungen entstehen werden.

Begründung:

Der Betriebsausschuss der citeq hat in seiner Sitzung am 27.04.2017 beschlossen, den Beschlusspunkt zu 2 zu streichen, da die Prüfung des Antrages noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung greift die Änderung insoweit auf, dass sie durch die Ergänzung des Beschlusspunktes 1 klarstellt, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und sie die Politik zu gegebener Zeit unterrichten beziehungsweise beteiligen wird. Gleichwohl ist damit die Bearbeitung des Antrages formal abgeschlossen.

In Vertretung

gez.
Wolfgang Heuer
Stadtrat